



Nach dem „Großen Krieg“. Vom Triumph zum Desaster der Demokratie 1918/19 – 1939.
Steffen Kailitz, Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung, Technische Universität Dresden (HAIT), 06.10.2014—08.10.2014.

Reviewed by Robin Reschke

Published on H-Soz-u-Kult (December, 2014)

Nach dem „Großen Krieg“. Vom Triumph zum Desaster der Demokratie 1918/19 – 1939

Die von Steffen Kailitz (Dresden) organisierte und geleitete Tagung verfolgte das Ziel, internationale und interdisziplinäre, vor allem sozial- und geschichtswissenschaftliche, Perspektiven auf die Demokratieentwicklung in der Zwischenkriegszeit zusammenzuführen. Im Mittelpunkt der Tagung stand die Suche nach Antworten auf folgende Grundfragen: 1. Welche Faktoren auf den Ebenen der Makrostrukturen, Institutionen und Akteure tragen dazu bei, das Überleben und Scheitern von Demokratien in der Zwischenkriegszeit zu erklären? 2. Gibt es spezifische Muster, also Kombinationen von Faktoren, mit denen sich das Überleben und Scheitern von Demokratien in der Zwischenkriegszeit erklären lässt?

Einen einleitenden Überblick zum Tagungsthema gab STEFFEN KAILITZ (Dresden). Er betonte, dass die Sichtweise der Zwischenkriegszeit als einer Krisenzeit der Demokratie zu kurz greife. Nach dem Ersten Weltkrieg habe sich vielmehr zunächst die Demokratie explosionsartig verbreitet. Historisch habe nur in den Intervallen zwischen 1922 bis 1926 und zwischen 1931 bis 1936 die Zahl der Demokratiezusammenbrüche die der Demokratisierungen überwogen. Ein weiteres Ergebnis war, dass Demokratien in der Regel aus dem Herzen der Macht durch den Regierungschef oder das Militär und nicht durch revolutionäre Massen gestürzt werden. Extremistische Massenbewegungen spielen demnach für Demokratiezusammenbrüche eine weit geringere Rolle, als es die Fälle Italien und Deutschland nahe legen.

SVEND ERIK SKAANING (Aarhus) untersuchte â

gemeinsam mit seinem Koautor JÄRGEN MÄLLER â welche Staaten in der Zwischenkriegszeit demokratisch waren. Skaaning belegte, dass es eine Reihe von Staaten gibt, bei denen unter Forschern umstritten ist, ob sie in der Zwischenkriegszeit zumindest zeitweilig Demokratien waren. Als umstrittene Fälle identifizierte er Bulgarien, Finnland, Italien, Jugoslawien, Litauen, Portugal, Rumänien und Spanien. Bei einer näheren Betrachtung der Fälle kam Skaaning zu dem Schluss, dass es sich bei diesen Ländern tatsächlich um Grenzfälle handle. Dies erschwere eine konkretere Abgrenzung, wann welche Staaten demokratisch strukturiert waren. Die Identifikation demokratischer Phasen sei aber ein wichtiger Beitrag für die Sozialwissenschaften, da sie als eine solide Basis für die Formulierung von Hypothesen zu Regimewechseln notwendig sei.

ARND BAUERKÄMPER (Berlin) referierte zur Herausforderung traditioneller Ordnungskonzepte durch faschistische und autoritäre Gruppen, Bewegungen und Diktaturen in der Zwischenkriegszeit. Unter den Gesichtspunkten des Wandels ordnungspolitischer Formen im Kontext des 20. Jahrhunderts, konzentrierte sich der Beitrag auf den Faschismus und Autoritarismus als fundamentalste Herausforderung der Demokratien und deren Funktion beim Auseinanderbrechen demokratischer Strukturen. Die sozial-ökonomischen Verwerfungen der Nachkriegszeit wirkten dabei wie ein Katalysator auf die autoritären und faschistischen Kräfte, die das ordnungspolitische Desiderat für ihre Zwecke instrumentalisieren konnten.

FRANZ-JOSEF BRÄGGEMEIER (Freiburg) leistete mit einem Beitrag über die Frage, weshalb in Großbritannien trotz zahlreicher Krisen, von denen auch dieses Land geprägt wurde, das Primat des Parlamentes nie angegriffen wurde und aus diesen Krisen sogar gestärkt hervorgegangen ist, den Auftakt zu den Länderstudien. Wesentliche stabilisierende Faktoren waren Bräggemeier zufolge, dass Großbritannien als Gewinner aus dem Krieg hervorgegangen war. Des Weiteren war Großbritannien bereits eine fortgeschrittene, urbanisierte Industrienation, in der, trotz der Krise zwischen 1914-1932, der Lebensstandard anstieg. Die stabile parlamentarische Tradition des Landes prägte zudem die politische Selbstwahrnehmung der Gesellschaft insoweit, dass große Teile der Bevölkerung und der politischen Eliten radikale politische Positionen als unbritisch ablehnten.

THOMAS RAITHEL (München) fragte, warum und in welchem Zustand der Parlamentarismus der Dritten Republik in Frankreich die Zwischenkriegszeit überstand. Aus der parlamentarischen Tradition, welche als fortwirkende Stärke identifiziert wurde, hatten sich in Frankreich ein hohes Maß an politischer Kommunikation und Flexibilität der traditionellen Verfahren französischer Politik entwickelt. Als weitere Punkte betonte er die integrative und absorbierende Kraft des parlamentarischen Systems, sowie die Fähigkeit systemimmanente Alternativen bereitzustellen. Nicht zuletzt wirkte sich, laut Raithel, ein hohes parlamentarisches Selbstvertrauen, gewachsen aus dem republikanischen Selbstverständnis, stabilisierend auf Frankreich aus. Doch auch in Frankreich ließen sich Erosionserscheinungen ausmachen, bedingt durch die Degeneration der erwähnten Faktoren. Raithel schloss daraus, dass die Dritte Republik zum Zeitpunkt ihres Untergangs ein Jahr nach dem Beginn des Zweiten Weltkriegs bereits schwer angeschlagen gewesen sei.

FRANK HADLER (Leipzig) bewertete in seinem Vortrag das Demokratieprojekt der Ersten Tschechoslowakischen Republik. Handelte es sich in der Zwischenkriegszeit tatsächlich um eine erfolgreiche Demokratie oder gibt es Elemente einer berechtigten Fundamentalkritik an der tschechoslowakischen Demokratie? Laut Hadler war die Tschechoslowakei ein Projekt der Tschechen und Slowaken, die es versäumten, die nationalen Minderheiten in den Aufbau basisdemokratischer Strukturen einzubinden. Dies lege die These nahe, dass die Erste Tschechoslowakische Republik kein massendemokratisches Projekt gewesen sei, sondern eine politische Kopfgeneration. Sie habe sich darauf beschränkt, einem engspu-

rigen sprachlichen Nationalismus Ausdruck zu verleihen.

GÄNTHER HEYDEMANN (Dresden) erläuterte in seinem Vortrag die Entwicklungen und Ursachen, die in Italien zum Scheitern der Demokratie durch den faschistischen Staatsstreich 1922 führten. Die Ursachen seien bis ins 19. Jahrhundert zurückzufolgen, in dem es Italien nicht gelang, die prekäre Lage großer Teile der Bevölkerung zu verbessern und die Entfremdung zwischen Staat, Kirche und Bevölkerung zu überwinden. Vor allem die sozio-ökonomischen Verhältnisse spitzten sich in Italien nach dem Ersten Weltkrieg noch weiter zu. Aufgrund der dadurch entstandenen gewalttätigen Auseinandersetzungen und der Kompromissunfähigkeit der Parteien, stilisierten sich die Faschisten als Wahrer von Recht und Ordnung. Sie fanden somit die notwendige politische Unterstützung in den bürgerlichen und besitzenden Schichten.

HEIDI HEIN-KIRCHER (Marburg) befasste sich mit der Frage, wie gut Polens Chancen auf staatliche Wiedergeburt standen und warum die Konsolidierung der Demokratie in Polen in der Zwischenkriegszeit nicht gelang. Als wesentliche Ursache machte Hein-Kircher Versicherheitlichungsdiskurse aus, die zusammen mit den Geburtswehen des polnischen Staates zu einem Klima des Umsturzes geführt hätten. Auf außenpolitischer Ebene habe hierzu die Situation beigetragen, dass das polnische Staatsterritorium erst erkämpft werden musste. Im Zusammenspiel mit der Erfahrung der Fremdherrschaft herrschte demnach in Polen ein Gefühl der permanenten äußeren Bedrohung vor. Die verpasste Konsolidierung habe dazu geführt, dass der Mai-Putsch 1926 als legitimes Mittel gesehen wurde, um die polnische Nation vor der Auflösung zu bewahren und sie nach innen wie nach außen zu stabilisieren.

URSULA BÄTTNER (Hamburg) zufolge, bestanden die hauptsächlichen Ursachen, die zum Sturz der Weimarer Republik führten, darin, dass die Mehrheit der Deutschen die Niederlage des Ersten Weltkrieges nicht wirklich akzeptierte, die neue Demokratie von Anfang an überfordert war und am Ende durch den Missbrauch ihrer Institutionen zerstört worden sei. Eine Kernfrage des Beitrags war, weshalb die Weimarer Demokratie nicht schon im Krisenjahr 1923 zusammenbrach, obwohl damals die Situation nicht weniger dramatisch als 1932 war. Die Antwort darauf sah Bättner im Missbrauch der Demokratie und deren Institutionen durch die 1930 gebildeten Präsidialkabinette. Konnten sozialstaatliche Maßnahmen und Versuche außenpolitischer Integrationsbemühungen in den ersten Jahren der Re-

publik noch die Akzeptanz der Demokratie fördern, so führte die Sparpolitik der Regierung Brüning zum endgültigen Niedergang der Demokratie.

EVERHARD HOLTSMANN (Halle) untersuchte Verlaufsmuster und Ursachen des Scheiterns der  sterreichischen Demokratie in der Zwischenkriegszeit. Unter der Kernfrage, welche Chancen, Risiken und Hindernisse eine demokratische Konsolidierung Österreichs beeinflusst haben, wurde zunächst die Situation Österreichs in den gesamteuropäischen Kontext eingeordnet und grundlegende Attribute von Systemwechseln dargestellt. Laut Holtmann seien in Österreich günstigere Konsolidierungsfaktoren, trotz ähnlicher Bedingungen wie in Deutschland, vorhanden gewesen. Am Scheitern der Demokratie seien letztlich maßgeblich die weltanschaulichen Gegensätze der politischen Kräfte beteiligt gewesen, die es versäumten einen verfassungsrechtlichen Grundkonsens herauszuarbeiten. Fehlendes politisches Vertrauen in die Institutionen und scharfe Gegensätze der politischen Lager seien, Holtmann zufolge, generell relevante Faktoren, die maßgeblichen Einfluss auf das  berleben oder Zusammenbrechen einer Demokratie hätten.

DETLEF HENNING (Lüneburg) stellte die Demokratieentwicklung Lettlands von der Staatsgründung und beginnenden Demokratisierung im Ersten Weltkrieg bis hin zum Sturz der Demokratie dar. Zu Beginn unterstrich Henning die Problematik, dass eine historische Demokratieforschung zu den baltischen Ländern bislang nicht vorhanden sei. Die zentralen Gründe für den Zusammenbruch der Demokratie in Lettland sind, laut Henning, eine fehlende liberale Tradition. Zudem habe die  rperception äußerer Bedrohung , ähnlich wie in Polen, den Wunsch nach einem starken Staat genährt.

NATHALIE SOURSOS (Wien) analysierte das Scheitern der griechischen Demokratie und die Zusammenhänge, die wesentlich für das Errichten der Diktatur in Griechenland waren. Sie kam zu dem Ergebnis, dass es in Griechenland die politischen Eliten selbst gewesen seien, die systematisch gegen die demokratische Ordnung gearbeitet hätten. Es handelte sich demnach um einen Umsturz von Oben, der in der Bevölkerung kaum Zustimmung fand. Die Diktatur Metaxas sei eine Folge der Erschöpfung und Perspektivlosigkeit des demokratischen Systems in Griechenland gewesen.

S REN BRINKMANN (Erlangen) befasste sich mit der Frage, warum in der Zwischenkriegszeit die Konsolidierung des ersten massendemokratischen Projekts in Spanien trotz des vielversprechenden Starts scheiter-

te. Entgegen der älteren Historiographie, die die Ursachen des Scheiterns vor allem in dem gewaltigen gesellschaftspolitischen Reformstau sowie dem militanten Widerstand der traditionellen Kräfte gegen die Reformbemühungen sah, schlug der Referent aufgrund der jüngsten Forschungserkenntnisse eine Neuinterpretation der Ereignisse vor. Ausschlaggebend für das Scheitern sei demnach nicht allein die tiefgreifenden Strukturprobleme des Landes und der Versuch ihrer Lösung, sondern auch das kompromisslose Agitieren beider politischer Lager gewesen. Die zunehmende Polarisierung führte zu einer Erosion der politischen Mitte und somit der Kompromissfähigkeit.

TIM B. M LLER (Hamburg) forderte eine Revision demokratiegeschichtlicher Narrative zur Zwischenkriegszeit. M ller will vor allem den  demokratischen Erwartungshorizont der Zeit  und wirtschaftspolitische Gesichtspunkte stärker berücksichtigen. Nicht zuletzt plädierte M ller für einen konkreteren Vergleich der Weimarer Republik mit anderen Demokratien der Zwischenkriegszeit. Demnach sei sowohl die Zerstörung der Weimarer Republik als auch das  berleben der Demokratien in den USA, Großbritannien und Skandinavien nicht zwangsläufig erfolgt. Auch in den USA, Großbritannien und Skandinavien sei infolge der Weltwirtschaftskrise eine abnehmende Akzeptanz der Demokratie feststellbar gewesen. Die Gründe für das  berleben der Demokratie in diesen Staaten sieht M ller in wirtschaftspolitischen Maßnahmen. So sei der Ausbau des Sozial- und Wohlfahrtsstaates in den USA, Großbritannien und Skandinavien im Zuge der Krise ein wesentlicher Grund für das Fortbestehen der Demokratie gewesen.

UWE BACKES (Dresden) wandte sich der Frage zu, inwiefern eine liberale Hegemonie vor dem  Gro en Krieg  als Grund für das  berleben von Demokratien in der Zwischenkriegszeit angesehen werden kann. Backes kam zu dem Schluss, dass, wenn der Fall Italien nicht wäre, die Aussage gemacht werden könnte, dass die europäischen Staaten, die sich bis 1914 zu parlamentarischen Verfassungsstaaten entwickelt hatten, die Stürme der Zwischenkriegszeit ohne autokratische Systemtransformation überstanden hätten. Nur Italien wandelte sich trotz der Elemente eines liberalen Konstitutionalismus zu einer Diktatur. Während andere Staaten die Partizipationsbedingungen ausbauten, seien diese in Italien eingeschränkt worden. Ein Ausbau der Partizipationsbedingungen sei kein Garant für das  berleben einer Demokratie, begünstige es aber.

kratie ohne Demokraten? Das Scheitern der Zweiten Republik in Spanien (1931-1939)

Block IV: Vergleichende Betrachtungen II: Ergebnisse

Tim B. M  ller (Hamburger Institut f  r Sozialforschung), Was heißt âScheiternâ und â berlebenâ von Demokratien? Eine vergleichende Perspektive auf Skandinavien, Großbritannien, die USA und Deutschland und ein Pl  doyer f  r eine Revision demokratiegeschichtlicher Narrative

Uwe Backes (Technische Universit  t Dresden), Liberale Hegemonie vor dem Großen Krieg als Grund f  r das  berleben von Demokratien in der Zwischenkriegs-

zeit

Jens Hacke (Hamburger Institut f  r Sozialforschung), Politischer Liberalismus in der Zwischenkriegszeit

Ekkart Zimmermann (M  nchen), Die Weltwirtschaftskrise der 1930er-Jahre als Folge gescheiterter Globalisierung: Nachkriegsfolgen und der Untergang von Demokratien im Lichte konkurrierender Erkl  rungen

Dirk Berg-Schlosser (Marburg), Bedingungen der Demokratie in der Zwischenkriegszeit: systematische Analyse  hnlicher und kontrastierender F  lle

If there is additional discussion of this review, you may access it through the network, at:

<http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/>

Citation: Robin Reschke. Review of , *Nach dem „Großen Krieg“. Vom Triumph zum Desaster der Demokratie 1918/19 – 1939*. H-Soz-u-Kult, H-Net Reviews. December, 2014.

URL: <http://www.h-net.org/reviews/showrev.php?id=42890>

Copyright   2014 by H-Net, Clio-online, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact H-SOZ-U-KULT@H-NET.MSU.EDU.